

Wahlkampf.

Die Werktätigkeit des schwarz-blauen Wols. Unter dieser Überschrift hat die „Ztg.“ am 1. Februar einen Zeitartikel veröffentlicht, in dem sie eine Reihe von Reichstagsabgeordneten aufruft, die durch den Vertrag von Konstantinopel, Antisemitismus und Zentrum den Sozialdemokraten im Reichstag die Hände gefesselt worden sind. Wir haben, schreibt die genannte Zeitschrift, uns nicht darauf beschränkt, diese Wahlkreise zu nennen, sondern haben auch an der Hand von Ziffern die unabweisbare Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten bei den Stichwahlen durch jene Parteien festgestellt. Jetzt kommt die „Deutsche Tageszeitung“ mit einer Erwiderung in der sie von einer angeblichen Unterstützung der Sozialdemokraten durch konservative Parteien und mehr, es lasse sich schwer nachweisen, ab in einzelnen Fällen konservative Stimmen für den Kandidaten der Unionspartei abgegeben worden seien. Ihr genügt die Tatsache, und darauf pocht sie, daß die Konservativen und der Bund der Landwirte die unbedingte Parole ausgegeben haben: keine Stimmgebung für Sozialdemokraten. Aber die Zeitschrift hat, das es wohl zu verstehen sei, wenn diese Parole nicht allenthalben gefolgt worden sei. Sie deutet an — und dies Geständnis ist außerordentlich wertvoll — daß die konservativen und bündnerischen Wähler unter Umständen lieber den Sieg eines Sozialdemokraten als eines konservativen Wählers gesehen hätten. Da sie den „Unions“, der zu dieser Stellungnahme geführt hat, auch noch „durchaus berechtigt“ nennt, so ist die Versicherung, daß sie die Unterstützung der Sozialdemokratie nicht billigt, nichts als eine Phrase. Aber abgesehen davon, es ist sicher richtig, daß konservative und Wähler eine Reihe von Wahlkreisen den Sozialdemokraten zugesagt haben, und angesichts dieses Verrats ist es um so beschwerlicher und verwerflicher, wenn dem Reichstanzler, der bis zum letzten Stichwahltag den Kampf gegen die Sozialdemokratie gepredigt hat, vorgehalten wird, er habe das Angebot der Sozialdemokratie verurteilt. Im übrigen bedeutete die Parole der Konservativen, daß sie die „Deutsche Tageszeitung“ so hoch bewert, schon eine indirekte Förderung der Sozialdemokratie. Es bleibt dabei, an dem Angebot der Sozialdemokratie hat ganz allein Schuld die Politik der Schwarz-Blauen, und im besonderen sind diese beiden Parteien noch direkt verantwortlich zu machen für die Eroberung mehrerer Wahlkreise durch die Sozialdemokraten.

Gegen die Wahl in Br. Chau-Deiligenbeil, in der der konservative Kandidat Dr. von Mener mit 794 Stimmen gewählt wurde gegen 673 Stimmen für den fortschrittlichen, Ostpreussische Heide-Pilgrin, 694 sozialdemokratische und 27 zerstreute Stimmen, ist ein Protest erhoben worden, der 15 Unterschriften enthält.

Der Reichstagswahlkampf eine lächerliche Sache. Der Würgermeister von Hunsian, Herr Richter, der sich, wie der „Miegner“ aus, bemerkt, schon wiederholt durch merkwürdige Einführungen in den Reichstagen Stimmabgabe ausgenutzt hat, schreift in der „Sächsischen Zeitung“ vom 1. Februar über die Einführung der neu-gegründeten Reichstagsabgeordneten mit folgenden Ausführungen: „Wir haben in den letzten drei Monaten die Freuden und Leiden des Wahlkampfes genügend kennen gelernt. Für alle diejenigen, welche darin als Politiker tätig sind, mag dies ja seinen eigenen Reiz haben. Aber in allgemeinen, einmal wenn man die Anstrengungen der Wahlkämpfer eingehend studiert, die in ihrer Gegenüberstellung die widerstreitenden Meinungen kundgeben, wird die ganze Sache lächerlich.“

Gegen den Hausanbau richtete sich eine Mitteilung der Hamburger „Sächsischen Zeitung“, wonach der Präsident des Landtages, Geheimrat Dr. Richter, bei der Dresdener Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Nationalliberalen Seize in einem Schreiben an eine einflussreiche Persönlichkeit in Dresden darauf hingewiesen haben soll, daß Herr Seize ehemals Mitglied des Vereins Deutscher Studenten gewesen sei, dem man antikenmäßig den Namen der Studentenvereine stellt demgegenüber, daß die Wahlkraft in allen Teilen von Anfang bis zu Ende glatt gefunden ist; vielmehr ist die Wahl des Landtagsdirektors Dr. Seize zum Präsidium des Landtages nach jeder Richtung hin tatkräftig unterstützt worden. Diese Nachricht zeigt, in wie gehässiger und unaufrichtiger Weise von gewisser Seite gegen die Leistung des Landtages, besonders dessen Präsidenten, daneben gearbeitet wird.

Aus Bayern.

Über die Einberufung des bayerischen Landtages und die Art seiner Eröffnung ist, wie die offizielle Korrespondenz Hoffmanns mittelst, bis jetzt eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Daß das Zentrum zu Unrecht die Mehrheit im bayerischen Landtag hat, wird in den „Münch. Neuest. Nachr.“ noch einmal nachdrücklich hervorgehoben. Das Blatt schreibt: Gleichwohl, welche Persönlichkeiten das bayerische Staatsministerium bilden, Bayern steht seit Jahren nicht nur in einer Ministerkrise, sondern mitten in einer Verfassungskrise. Unmöglich kann die Anwesenheit dieses Wahlgesetzes bestehen bleiben, daß eine Partei, die nur über ein Drittel der Gesamtwahlkraft verfügt, eine derartig dominierende Stellung in der Volksvertretung faktisch garantiert behält, wie es bei diesem Wahlgesetz der Fall ist. Auch wenn man die Situation nach der Maxime beurteilen mag, daß man die Stimmen wägen und nicht zählen soll, steht man vor der Frage, wie kann auf die Dauer verantwortet werden, daß eine Partei, wie bisher das Zentrum, in einer ungeheuren Willkür über die Verwendung der Staatsmittel, über die Behandlung aller Reklamationen verfügt, obwohl die hinter ihm liegende Mehrheit nur ein Drittel der Gesamtwahlkraft mittel aufbringt, wie sich jeder mit leichter Mühe aus der amtlichen Steuerliste berechnen kann! Würde Bayern ein gerechtes Wahlrecht, dann wäre der größere Teil der Miere nicht da.

Schicksalstilierung. Der „Germania“ wird aus Bayern geschrieben: „Der Sieg ist glänzend erlitten, denn 11 Wanderversammlungen sind nicht abzuschätzen. Es ist notwendig, daß ein neues Minister-

Einvernehmen arbeitet und nicht, wie bisher, seine Hauptaufgabe darin sieht, dem Kaiserlichen Liberalismus mit der Mehrheit der Volksvertretung in gutem Einvernehmen zu sein. (1) Das muß das Zentrum fordern, und es ist auch zu wünschen, daß gew. die Parteimitglieder und die Organe außerhalb des Ministeriums die Lehre, die ihnen die Wähler erteilt haben, beherzigen und nicht mehr eine unfunktionäre, verantwortungslose Politik hinter der Szene auf eigene Faust führen. Für Kameralisten und Nationalisten dürfte in Bayern fürder kein Platz mehr sein. Das Zentrum will nicht „herrschen“, aber es will, daß es die Regierung führt, und nicht zugunsten einer verabsäumten liberalen Minorität, wie es das Ministerium Bodenwils in den letzten Jahren getan hat. — Wäcker ist also in Bayern zugunsten der Liberalen regiert worden! Und damit diese Bewegung aufhöre, haben sich die Liberalen, Bayerländer und Sozialdemokraten zusammengekauert, um mit allen Kräften dem Zentrum dazu zu verhelfen, daß endlich gerecht, d. h. zugunsten des Zentrums, regiert werde. Es war also eigentlich nur ein Pervertionsakt, veranlaßt durch ein unglückliches Ministeriänders.

Die englische Unterseeboots-Flotte.

68 Unterseeboote hat England gegenwärtig zur Verfügung, 14 weitere befinden sich im Bau. In einem oder zwei Jahren dürfte der Bestand sich von 82 auf 100 vermehren. In der Zahl der fertigen Boote hat die englische Marine jetzt die französische übertraffen. Wenn berücksichtigt wird, daß England seit zehn Jahren sich dem Unterseebootsbau zuwandte, so muß der dortigen Marineleitung die Anerkennung gesollt werden, daß sie in planmäßiger, zielbewusster Arbeit eine enorme Leistung vollbracht hat. Das französische Vorbild, große Mittel nur zum Experimentieren zu verwenden, hat England nicht nachgeahmt, und dabei ist es doch im Unterseebootsbau ganz, wie die „Wg. Ztg.“ schreibt, an der Spitze aller Seefahrer.

Vor allem hat England immer Wert darauf gelegt, die Unterseeboote möglichst unabhängig von ihren Begleitschiffen zu machen, ihre Unselbständigkeit also zu fördern. So sind mehrere Boote um ganz England gefahren, und im vorigen Jahre wurde auch die erste, aus drei Fahrzeugen bestehende Flottille nach Ostasien gelangt, weite Strecken des langen Weges nach Hongkong legten sie ohne Begleitung zurück.

Das Ziel zur Schaffung eines zum Gebrauch auf hoher See verwendbaren Typs hat zur fortgeschrittenen Vergrößerung geführt. Die neuen im Bau befindlichen „E“-Boote haben bereits ein Displacement von 800 Tonnen, während vor drei Jahren noch nicht die Hälfte dieser Größe erreicht war. Einmal hat darauf verzichtet, die Unterseeboote nur als Verteidigungsgegenstände; seine Boote sind ausgeprochen Angriffsböote, die betriebsfähig sind, den Krieg an die feindlichen Küsten zu tragen.

Ein bemerkenswerter Fortschritt ist in der artille-ristischen Bewaffnung der neuen Boote zu erblicken. Das auf „D 4“ in Versuchsbau befindliche mit hydraulischer Bewegungseinrichtung in 10 Sekunden 7,6 Zentimeter Schnellfeuergeschütz, das vor dem Kommandanten steht und eine Schußweite von 5000 Metern hat, ist als Prototyp für die „E“-Klasse anzusehen. Das Geschütz soll zur Verdrängung feindlicher Unterseeboote dienen. Für die Unterseebootsflotte besitzt England bereits acht Depotschiffe, und in nächster Zeit treten zwei weitere hinzu. Neuerdings haben Versuche einer Fernsteuerung durch elektrische Wellen stattgefunden. Es ist nicht richtig, Englands Macht zur See nur an der Zahl seiner Linienfahrzeuge zu bemessen. Die englische Unterseebootsflotte repräsentiert an sich schon eine Kraft von erheblicher Bedeutung.

Der Krieg um Tripolis.

Die Blockade der arabischen Küste des Roten Meeres beantwortet die Türkei mit Vergeltungsmaßnahmen gegenüber wirtschaftlichen Unternehmungen von Italienern. Wie aus authentischer Quelle verlautet, hat der türkische Ministerialrat die Schließung der italienischen Privatbanken und der Versicherungs-Gesellschaften sowie des unter italienischem Protektorat stehenden katholischen Waisenhauses der Salesianerinnen in Suttur (Albanien) beschlossen. Bisher hatten die Türken sich noch immer zu zurecht lassen, wie sie derart scharf vorgingen.

Vom Kriegsausbruch

meldet die „Agenzia Stefani“ aus Venedig: Dienstag vormittag hatte eine Abteilung italienischer Kavallerie, unterstützt von einer Batterie, ein Schornstein mit mehreren Haufen Beduinen, die in die Flucht geschlagen wurden. In dem Gefecht zeichnete sich aus das aus Verona aus Venedig geschickte Detachement durch Selbstopferlichkeit im Feuer aus. Die „Agenzia Stefani“ erklärt zugleich die Nachricht eines französischen Blattes, wonach die Italiener in einem Kampf bei Venedig mit einem Verlust von 1300 Toten geschlagen worden seien, für vollständig falsch.

Die Blockade der arabischen Küste.

Der „Agence Havas“ gehen aus Djebana vom 30. Januar datierte Nachrichten, die die französischen Besatzung in Konstantinopel durch die türkische Regierung übermittelt worden sind. Danach ist lediglich die Stadt Djebana bombardiert worden, die Werftstätten und Stapelplätze der Eisenbahngesellschaft in Yemen sind unbeschädigt.

Nach einem in Rom eingetroffenen Bericht des Kommandanten des italienischen Geschwaders im Roten Meer hat in dieser Gewässer lediglich eine Beschädigung des türkischen Lagers in Djebana und der Hüften in seiner Umgebung stattgefunden. Es bleibt daher das Dementi der Nachricht unwürdiger Blätter, italienische Kriegsschiffe hätten Djebana beschossen, in vollem Umfang bestehen. Aus dem Bericht des Kommandanten geht hervor, daß der Eisenbahngesellschaft, die den Bau der Bahn bis Kas el Keid übernommen hat, nie-

mals eine Andeutung, ihre Arbeiten einzustellen, gemacht worden ist und daß gegen die Gebäude dieser Gesellschaft kein Schuß gefallen ist. Nach amtlichen offiziellen Meldungen bombardierten die Italiener am 1. Februar Schisch und Salze ohne jegliches Verbrechen an Menschenleben zu verurteilen. Ein submarines Kabel wurde durchgeschnitten.

Das neutrale Frankreich. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Es ist unrichtig, daß die französische Regierung die Absicht hätte, die französischen Flotten voran zu führen, Waffen- und Munitionswerkstätten für die Türkei oder Ägypten anzubringen. Nach den Bestimmungen des Artikels 7 der Konvention und des Artikels 5 der Schlussakte der zweiten internationalen Friedenskonferenz ist eine neutrale Macht nicht verpflichtet, die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen und Munition oder von Gegenständen, die der Armee oder verbündeten Streitkräften nützlich sein können, zu verhindern. Gegenwärtig sind Bestellungen von Kriegsmaterial in verschiedenen französischen Industrie-Etablissements sowohl für die Türkei als auch für Italien in Arbeit.

Der Rat der Interparlamentarischen Union wird am Sonnabend in Brüssel zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag der italienischen Gruppe, der nicht gelassen werden soll, im Falle kriegerischer Verwicklungen zwischen zwei Ländern einem der beiden Kriegführenden einen Tadel auszusprechen. Wenn dieser Antrag abgelehnt wird, wird Italien die Union verlassen, da der Rat der Union Italien wegen der Ereignisse in Tripolis kündigt getadelt hat.

Politische Übersicht

Die dritte Haager Friedenskonferenz wird, wie dem „Neueren Bureau“ berichtet wird, nicht wie bei der 1915 zusammentreten. Man hofft nicht mehr vor, den Friedenspaß Mittel 1915 einzuweisen zu können.

Österreich-Ungarn. Prinz Friedrich Leopold von Preußen traf am 7. Oktober von Sofia am Mittwoch nachmittag in Kronstadt (Ungarn) ein. Er begab sich als Gast des 2. Infanterie-Regiments, das seinen Urlaub, in dessen Absicht er seine am Abend nach Pest abgehenden Besatzungsmannschaften vorberit die Aufführung eines antikerischen Theaterstücks, „Das siebente Sacrament“ von Julius Hirth wegen seiner gegen die Unlösbarkeit der katholischen Ehe gerichteten Tendenz.

Italien. Ein Detachement der Regierung verfuhr, daß alle Expeditionstruppen nach Tripolis ergraben, mit neu angelegten Formationen ausgestattet werden, so daß alle Abgänge an Infanterie, Artillerie, Kavallerie und Genie ergänzt werden. Ein Antrag an die Kammer fordert die Vermehrung der Artillerie um 1000 Mann der vorhandenen Mittel und die Reorganisation von 12 Bataillonen, davon 6 in Tripolis, 6 in Italien. Die Reorganisation der Infanterie wird in Barma, Messina, Givorno, Mailand, Gessano und Rivoli organisiert werden.

Frankreich. Man rechnet damit, daß das entscheidende Votum über den Senatsbeschluss vom 1. Dezember 1914 erst am Sonntag gefaßt werden wird. Schon jetzt kann eine Zweidrittelmehrheit als gesichert gelten. Gegen den Vertrag werden die gesamte Rechte sowie Clemenceau mit seinem persönlichen Anhang stimmen. Allgemein werden die persönlichen Senatsabgeordneten als ein noch schwerer Fehler angesehen als die früheren Kammerabgeordneten, weil sie nicht nur eine Befreiung der deutsch-französischen Beziehungen verhindern, sondern auch die französisch-italienischen Beziehungen beeinträchtigen. — Wie sich Frankreich vor Invasion durch die Luft schützen will. Der „Excelsior“ behauptet, Kriegsmilitär Millerand lasse gegenwärtig einen Plan prüfen, durch den Frankreich und insbesondere die Hauptstadt durch eine Zwischenzeitliche Flugschutz geschützt werden solle. König der Franzosen von Marne bis Besort würden regelmäßige Posten von Aeroplanen und Luftballons errichtet werden, unaufhörlich umhau halten und mittels Funkentelegramme das fernstehende feindliche Flugzeug melden. Die Bewirtlichung dieses Planes würde eine beträchtliche Anzahl von Menschen. Aber falls der Kriegsmilitär nicht verlangen sollte, würde sich das Land gegen nicht weigern diese großen Opfer zu bringen. — Die Aufhebung der französischen Getreidebeschränkung fordert in der Dienstagtagung der Kammer der Sozialisten Lauche von der Regierung. Er stellte fest, daß die Getreidebeschränkung zurechtfindend und eine Quelle ungewisserheiten sei. Andere Deputierte forderten ebenfalls die Aufhebung der Beschränkung und verlangten, daß man der Spekulation entgegengetrete. Handelsminister Fernand David erklärte, die Getreide- und Mehlsteuer seien im Jahre 1911 normal gewesen. Er sei überzeugt, daß Spekulation die Aufhebung der Beschränkung herbeiführen würde, aber es werde ihnen nicht gelingen. Auf Antrag des Ministers wurde der Vorschlag Lauches an eine Kommission verwiesen.

Russland. Große Senation erregt, nach dem „Berl. Tagbl.“, in Kiev die plötzliche Verhaftung des beim Attentat auf den Ministerpräsidenten Stolypin verhafteten Obersten Kuljasho. Sie wurde auf eine schriftliche Depesche aus Petersburg hin noch in der Nacht vorgenommen. Kuljasho wurde nach der Festung gebracht und demnach nach Petersburg transportiert werden. Seine Verhaftung soll einerseits wegen Unterschlagung bedeutender Summen, die für die Festung im August der Kaiserin Drogana zuzuführen, erfolgt sein, andererseits mit der Verhaftung des Geheimrates Franz Bawial zusammenhängen, der von Kuljasho angeheulert war und ein politisches Verbrechen begangen hat. Oberst Kuljasho verurteilt, aber es verhofft werden sollte, sich zu erlösen; der Mevler wurde ihm aber rechtzeitig fortgenommen.

Niederlande. Königin Wilhelmina an internam am Mittwoch zum ersten Mal nach ihrer Krankheit, die sie einige Wochen an das Bett gefesselt hatte, zur Ausfahrt.

Dänemark. Über das Befinden des am Dienstag plötzlich erkrankten Königs ist am Mittwoch vormittag um 10 Uhr folgendes Bulletin ausgegeben worden: Die Nacht war zurechtfindend, der Schlaf gut. Es wurde geringeres Fieber und eine leichte begrenzte Lungenerkrankung festgestellt.

Belgien. Der britische und der russische Gesandte machten Dienstag Abend dem Minister des

Auswärtige eine mündliche Mitteilung über den früheren Sach. Danach werde der russische Konsul in Aretoband diesem eröffnen, daß die persische Regierung willens sei, ihm eine Pension in Höhe von 50.000 Toman zu zahlen und seinen Anhangern Annetze zu gewähren unter der Bedingung, daß sie Wern ohne Verzug verlassen. — Der frühere Gouverneur von Tabris Aled Danies hat im englischen Konsulat, in das er sich geflüchtet hatte, Selbstmord verübt.

Schin. In München werden energische Vorbereitungen zur Verteidigung getroffen. Die Behörden von Buziat und Kirin haben Befehl gegeben, die Aussicht über verdächtige Elemente zu verhaften und solche europäisch gekleidete Personen zu verhaften. — Der Laotai in Garbin hat Befehl erhalten, die Aussicht über europäische Hotels einzuführen.

Deutschland.

Berlin, 8. Febr. Lord Charles Beresford, der frühere Lord der englischen Admiralität, ist auf der Rückreise von Russland in Berlin eingetroffen. Er hatte mit einer Anzahl englischer Parlamentarier dem Reichspräsidenten einen Besuch abgestattet. Lord Charles, der persönliche Beziehungen zum deutschen Kaiserhof hat, war vom Kaiser zu der jetztigen Frühstücksstunde eingeladen worden. Der bekannte englische Marinefachmann W. Hunt als Gast in der englischen Botschaft.

(Überall Wahlrechtsreformen!) schiebt die „Deutsche Tageszeitung“, indem sie folgende Mitteilung macht: Dem Landtage des Herzogtums Anhalt soll auch eine Vorlage über die Wahlreform zugehen. Das Landtagswahlrecht soll geheim bleiben und direkt werden. Es sollen Bestimmungen nach Alter, Bildung und Besitz eingeführt werden, etwa nach dem Muster des Königreichs Sachsen.

(Die bairische Regierung gegen ein Arbeiter-Ausnahmsgesetz.) Auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Abg. Dr. Frank in der Zweiten Kammer stellte der bairische Ministerpräsident Freiherr v. Dusch die Absicht der bairischen Regierung, ein Arbeitswilligengesetz einzubringen, in Abrede. Es handle sich nur darum, gewisse Bestimmungen in das allgemeine Strafgesetzbuch aufzunehmen, um dem zunehmenden Terrorismus, der vielfach gegen Arbeitswillige geübt werde, Einhalt zu tun. Die bairische Regierung habe zu dieser Frage noch keine Stellung genommen. Davon, daß die Regierung etwa ein Ausnahmsgesetz im engeren Sinne, wie der sozialdemokratische Fragesteller meint, also ein Gesetz, das bestimmt ist, besondere Maßregeln gegen die Arbeiterchaft zu treffen, beabsichtigt, könne keine Rede sein, jedenfalls werde die bairische Regierung ein solches Gesetz nicht beschließen. Diese Ausführungen decken sich mit dem, was der Reichsminister am 19. Januar in der „Nordd. Allg. Zeitung“ erklärt hat. Er nahm damals Bezug auf seine Reichstagsrede vom 10. Dezember 1910, in der er ausdrücklich gesagt hatte, daß er Vorschläge zu Ausnahmsgesetzen nicht mache, daß er gleich seinem Vorgänger, dem Fürsten Bismarck, der Ansicht sei, daß fruchtbarer Anwendung der gesetzlichen Mittel sei das Reich in der Lage, jeden Versuch des Antirzes niederzuhalten.

(Der braunschweigischen Wahlrechtsreform.) Die für zwei Drittel der 54 Abgeordneten (bisher 48) die direkte und geheime Wahl vorseht, ist eine Begründung beigegeben, in der es heißt: „Die Landesregierung ist der Überzeugung, daß die indirekte Wahl sowohl in der im Herzogtum bestehenden Eigenart als auch grundsätzlich eine überlebte Einrichtung ist und in fast allen Schichten der Bevölkerung des Herzogtums mißbilligt wird. Bei der allgemein berechtigten Mißstimmung gegen die indirekte Wahl halten wir es im staatlichen Interesse für unbedingt notwendig, den bestehenden Zustand zu ändern, damit nicht die infolge der Landtagsverhandlungen neu beschlossenen Erwartungen und Hoffnungen auf Einführung des direkten Wahlverfahrens enttäuscht werden und die Gefahr erster Unzufriedenheit in bürgerlichen Kreisen heraufbeschworen wird. Die Verhinderung der Verfassungskrisis (die 18 Abgeordnete wählen) empfiehlt sich, da die in anderen Bundesstaaten bestehende Einrichtung einer ersten und zweiten Kammer mit Rücksicht auf die geringe Größe und Einwohnerzahl des Herzogtums nicht durchführbar ist.“

(Kaiserliche Marine.) Bei 15 Grad Kälte hat Vizemiralmiral Bachmann Montag den 5. Februar mit dem ihm unterstellenden Geschwader von Aufklärungsschiffen der Hochseeflotte von Kiel aus eine Winterreise nach der Nordsee angetreten. Da die Kieler Förde und auch die Dänische See sind, wird die Abnavigierung wertvolle Anhaltspunkte darüber liefern, was die Kriegsschiffe im Kampfe mit Eis und Kälte leisten können. Die zuerst aus dem Kieler Hafen auslaufenden Panzerkreuzer „v. d. Tann“ und „Yorck“ sprengten mit Leichtgeschütz feste Eisbeden und auch die Kreuzer „Mainz“, „Kolberg“, „Dresden“, „Berlin“ und „Stettin“ bewältigten das Eis ohne Mühe und bahnten sich einen Weg. Es bleibt nun abzuwarten, wie sie im Belt und im Kattegat Herr des Eises werden. Die Fahrt geht um Skagen durch die Nordsee nach Embden. Es ist u. A. das erste Mal, daß ein Flottenverband unter so unangünstigen Verhältnissen eine Reise ausführt. Früher blieben die Schiffe, wenn Eis die Häfen zu blockieren drohte, im Winterquartier. Die Abnavigierung durch Eis und Kälte ist ein großer

mittelmäßiger Fortschritt, da sie die Schlagfertigkeit der Flotte beweist.

Die Unfallversicherungen im Jahre 1910.

Die im Reichsversicherungsamt aufgestellte Nachweisung der Beschäftigten und Rechnungsergebnisse der Träger der Reichsversicherungsanstalten für Unfallversicherung erstreckt sich auf die 31 Unfallversicherungsanstalten und 40 zugehörigen Kantonalversicherungen, die im Jahre 1910 auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes bestanden. Diese 41 Versicherersträger hatten am Jahresschluß insgesamt 233 Vorstandsmitglieder, 63 Disziplinarbeamte der Vorkasse, 628 Aufsichtsratsmitglieder, 439 Kontrollbeamte, 31 Rententeller, 124 Schiedsgerichte, 2303 Beauftragte Stellen.

Die Unfallverträge wurden bei den 31 Unfallversicherungsanstalten und 608 Millionen Mark mit einem Erlöse von 180.624.699 Mark verwendet. Hieron entfielen auf polnische Arbeiter russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit nahe 8 Millionen Wochenbeiträge im Werte von 701.814 Mark. Bei den Klassenversicherungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 18.723.291 Mark. Die gesamte Einnahme aus Beiträgen stellt sich hiernach auf 197.338.990 Mark. Bei der Abrechnung für das Jahr 1910 wurden 138.667 Renten als im Jahre 1910 zugegangen behandelt, nämlich 114.765 Unfallrenten, 12.287 Krankenrenten und 11.626 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 176.93 Mark, 175.74 Mark und 104.31 Mark. An Beiträgen zur Unfallversicherung wurden 14.0 Millionen Mark in Beitragsfällen, 494 bei Unfällen und 84.923 bei Beitragsfällen. Der durchschnittliche Betrag einer Erkrankung stellt sich auf 40,27 Mark, bzw. 98,68 Mark und 100,80 Mark. Zu Lasten der 41 Versicherersträger wurden an reichsversicherungsamtliche Entschädigungen 120.870.150 Mark — 11.449.217 Mark an Renten und 9.429.983 Mark an Beiträgen der Unfallversicherung und der Zuschuß des Reichs betrug 52.533.251 Mark. Dem Reichsversicherungsamt wurden einschließlich der Ausgaben für Unterhaltungen an Angehörige der in Selbstbehandlung genommenen Personen in Höhe von 2.039.218 Mark insgesamt 21.102.166 Mark verausgabt. In diese Summe sind die von Krankenkassen, von anderen der Unfallversicherung und von anderer Seite gewährten Kostenzuschüsse einbezogen. Dem Reichsversicherungsamt wurden einschließlich der Ausgaben für Unterhaltungen an Angehörige der in Selbstbehandlung genommenen Personen in Höhe von 2.039.218 Mark insgesamt 21.102.166 Mark verausgabt. In diese Summe sind die von Krankenkassen, von anderen der Unfallversicherung und von anderer Seite gewährten Kostenzuschüsse einbezogen. Dem Reichsversicherungsamt wurden einschließlich der Ausgaben für Unterhaltungen an Angehörige der in Selbstbehandlung genommenen Personen in Höhe von 2.039.218 Mark insgesamt 21.102.166 Mark verausgabt. In diese Summe sind die von Krankenkassen, von anderen der Unfallversicherung und von anderer Seite gewährten Kostenzuschüsse einbezogen.

Die Verwaltungskosten überhaupt wurden 21.467.298 Mark verausgabt, das sind 108 Mark von 1000 Mark der gesamten Ausgaben auf 1000 Mark, der überhaupt als Verwaltungskosten aufzufassen Ausgaben entfielen auf die allgemeine Verwaltung 608 Mark, auf die Kosten für die Eingebung der Beiträge 128 Mark, auf die Kosten der Kontrolle 98 Mark und auf sonstige Kosten 171 Mark.

Die Einnahmen sämtlicher Versicherersträger im Berichtsjahre betragen 254.454.430 Mark, ihre Ausgaben 166.407.070 Mark, der Vermögenszuwachs mithin 88.047.360 Mark.

Am Schlusse des Jahres 1910 belief sich das Vermögen der Reichsversicherungsanstalten und der für die reichsversicherungsamtliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kantonalversicherungen auf 1.682.188.740 Mark, wovon noch der Rückwert der Kantonalversicherungen 6.666.869 Mark tritt. Von 1000 Mark Vermögen waren 17 Mark im Kassenbestande vorhanden, während 982 Mark in Wertpapieren und Darlehen und 51 Mark in Grundstücken angelegt waren. Die durchschnittliche Verzinsung des am Schlusse des Berichtsjahres 1910 im Wertpapiere und Darlehen vorhandenen Vermögens betrug 5,7 u. S. des Anschaffungspreises.

Volkswirtschaftliches.

(Kohlenpreise und Bergarbeiterlöhne.) Aus Essen wird der „Allg. Ztg.“ gemeldet: Vom Bergbauverein und dem Bergarbeiter sind die dem Kohlenprodukt angefallenen Ausgaben zu einer Anhebung über eine bei einem Inkrafttreten der erhöhten Kohlenpreise am 1. April vorzunehmende allgemeine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne aufgeführt worden. Es soll nämlich die Mithit betragen, ungefähr die Hälfte des durch die Preissteigerung von den Zechen erzielten Mehrertrages zur Verbesserung der Bergarbeiterlöhne zu verwenden. — Wohl zu beachten ist hier das Wortchen „soll“. Also sicher ist die Sache noch nicht.

(Ergänzliche Bestellung des Personencircles für die neugetalften Krankenversicherer.) Die Reichsversicherungsanstalten für Unfallversicherung hat für den Umfang der Krankenversicherung diejenigen Personengruppen festgestellt, auf welche ein Bundesgesetz bezüglich der Bedeutung, wenn in einem Bundesstaat bei Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung keine andere Gruppen von Beschäftigten verpflichtet waren, eine landesrechtliche Versicherung einzugehen, so kann die Landesregierung anordnen, daß diese Versicherung mit dem Inkrafttreten der neuen Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung geschieht. Die Bundesregierung haben daher noch vor dem Inkrafttreten des zweiten Bandes der Reichsversicherungsordnung zu prüfen, ob andere Gruppen als die darin genannten verpflichtet sind, eine landesrechtliche Versicherung einzugehen. Von der Versicherung befreit sind die Angestellten eines Bundeslandes, einer Gemeinde oder eines Versicherungssträgers unter gewissen Voraussetzungen. Es bezog auf die Krankenversicherung. Sache der Landesregierungen ist es nunmehr, festzustellen, welche dieser Angestellten der Krankenversicherungspflicht in Zukunft unterliegen. Ebenso ist eine Entscheidung über die nach Landesrecht zur freiwilligen

gen Versicherung Berechtigten zu treffen. Wichtige Entscheidungen haben die Landesbehörden in Bezug auf die Landrentenlasten zu fällen, und dies kann Folge der Weg der Landesgesetzgebung in Frage kommen, wenn die Wahlen von Vorstand und Aufsicht der Landrentenkassen ebenso wie bei den Ortsrentenkassen stattfinden sollen.

Gerichtsverhandlungen.

Der Prozeß wegen der Berliner Methylnalol-Vergiftung wird in der nächsten Woche zur Verhandlung gelangen. In der Hauptsache ist der Prozeß Schramm, der den Methylnalolhofschlupps an die Berliner Gaswerke lieferte, angeklagt. Weiter werden auf der Anklagebank noch zwei Kesselschreiber, die den falschen Spirit vertrieben, Schramm wird sich wegen Betruges und wegen Betruges gegen 82 des Nahrungsmittelegesetzes verantworten haben. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er 2000 Mark mehr als 90 Menschen verurteilt zu haben. Schramm ist aber immer noch der Ansicht, daß die Todesfälle nicht auf den Genuß von Methylnalol zurückzuführen sind. Zur Verhandlung sind eine große Anzahl von Sachverständigen geladen.

Vermischtes.

(Selbstmord eines Fabrikbesizers.) Selbstmord verübte am Dienstag morgen gegen 7 1/2 Uhr der 44jährige Kaufmann Selmar Heinemann, der Inhaber der Zellfabrik Selmar Heinemann, Gröner Weg in Berlin. Heinemann hatte im letzten Jahr finanzielle Mißerfolge, da die Fabrik nicht in der gewünschten Weise florirte. Er trug deshalb schon in letzter Zeit ein abgemessenes Leben zur Schau und drückte nach Mitteilung der Fabrik nichtig zumachen. Dienstag morgen stürzte er sich vom Dach des fünfstöckigen Fabrikgebäudes auf den gepflasterten Hof hinab.

(Neue Ausschreibungen in der Champagne.) Im Weinbauviertel der Champagne, bei Nilly la Montagne, wurden neue Ausschreibungen verübt. Weinbauarbeiter, die höhere Löhne und längere Arbeitszeit verlangen, werden in 800 Quadratkilometer Weinberge. Die Eigentümer erkrankten Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft, die eine Unterdrückung an das Arbeiterindikat eröffnet. Mehrere Weinbauer erhielten Drohbriefe. Die letzte Bewegung richtet sich nicht gegen die Händler oder Bankiers, sondern gegen die Winzer selbst, deren Arbeiter mit dem Ausstand drohen.

(Strafverfahren in München.) Am Wahltag (Montag) in später Mitternachtsstunde zog eine ca. 150 Köpfe zählende Menge vor das Haus des früheren Kammerpräsidenten Dr. v. Orterer und verbrachte dort eine Nacht mit Unruhe. Die in der Nähe aufgestellten Krümmlen und Schutzeinheiten trafen sofort ein und vertrieben die Demonstranten. Auch vor dem katholischen Gefängnis vor dem Standquartier des Justizministeriums, nahm das Publikum eine dröhnende Haltung ein. Es wurde ein größeres Schutzmaßnahme aufgeführt, jedoch kam es zu keinerlei weiteren Ausfaltungen. Eine größere Menge, die aus einer Versammlung hervorging, zog vor die Residenz und das Mittelbader Palais und stimmte dort die Anführer an.

(Die Tragödie eines Lehrers.) Der Lehrer Bachmann aus Sterkershausen in Hessen-Nassau, der wegen eines Nerveneleidens pensioniert wurde, konnte die Trennung von seinem bisherigen Wirkungskreis nicht überwinden. Er schritt sich, als der Mißbilligung vor dem Schulhaufe ergriff, Hals- und Fußbader durch und starb bald danach.

(Schweres Automobilunglück.) Der Besitzer einer Samojedfabrik, Weigler, fuhr, wie aus Brau gemeldet wird, mit seinem Chauffeur und zwei Begleitern bei einer Automobilfahrt in der Nähe von Klinit in Folge falschen Anschlusses eines Schwagens gegen eine Brücke. Das Automobil wurde zerstört, der Chauffeur leicht, die übrigen Insassen schwer verletzt; der schuldtragende Kutscher des Lastwagens ließ die Verletzten liegen und fuhr davon.

(Der Brand des Hoftheaters in Detmold.) Die durch Überfüllung eines eigenen Ofens oberhalb der Bühne entstanden. Gegen 3 Uhr nachts war das Theater gelichtet. Das Gebäude ist total ausgebrannt. Der Schaden beträgt 1 Million, das Gebäude nicht verijert war. Es vor Eigentum des Fürsten.

(Das Familiendrama eines Verwaltenden.) Der Vorsteher und Chemiker Adolf Mehl in Stuttgart, der am Montag in einem Unfall von Gefährdung seine Leben aus der Klinik gekommen, lebende Frau erschoss und sich selbst zu tödlichen Verletzungen, ist eine in Justizverteilung sehr bezeichnende Persönlichkeit. Er ist gewissermaßen Ballonfahrer, gehört als Mitglied mehreren deutschen Luftschiffverbänden an und war einer der tüchtigsten Vorstandsmitglieder des württembergischen Vereins für Luftschiffahrt. In der Organisation des Schwabenschen Überlandfluges im letzten Herbst war er hervorragend beteiligt. Er ist auch der Herausgeber des im vorigen Jahre erschienenen zweibändigen Handbuchs „Der Freiballon, Theorie und Praxis“.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Reklameteil.

Das ist ein böles Ende gewesen!

Ich habe nie so viel getanzt, wie auf dem letzten Ball bei Koberger, und nie hab ich mich besser amüsiert. Aber dann auf der Hochzeit hab ich mich so erkältet, daß ich mich vor keinem Menschen leben lassen kann. Und die vielen Einladungen, die man kaum abgeben kann! Wenn ich doch wüßte, was man machen soll? — Et nun, das ist einfach genug! Lassen Sie sich aus der Winterzeit oder Prozeß für 88 Mark eine Schachtel Fays adde Sodener Mineral Wasser holen und Sie sollen sehen, wie schnell die mit jeder Erkältung fertig sind. Hüten Sie sich vor Nachahmungen.

Als echte Fabrikate

bezeichnen die Hausfrauen diejenigen, die ihnen schon von Mutters und Grossmutter's Zeiten als besonders gut und zuverlässig bekannt sind. Wenn sie von „echtem Backpulver“, „echtem Puddingpulver“, „echtem Vanillin-Zucker“ sprechen, so meinen sie damit

Dr. Oetker's Backpulver
Dr. Oetker's Puddingpulver
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

1 Päckchen 10 Pfg. 3 Stück 25 Pfg.

Überall zu haben!

Nachahmungen weise man zurück.

Die **Buchdruckerei von Th. Rössner** empfiehlt sich zur Anfertigung von

Visitenkarten	Geschäftsbriefen
Verlobungskarten	und Umschlägen
und -Briefen	Rechnungen
Glückwunschkarten	Formularen
Trauerkarten	Programmen
und -Briefen	Werken und
Geschäftskarten	Zeitungsbeilagen

in geschmackvoller Ausführung zu soliden Preisen.
 Muster zu Diensten. Schnellste Lieferung.



Die Gesangsprobe

braucht nicht auszufallen, meine Herren, wenn Sie sich angewöhnen, **Wohbert-Tabletten** bei sich zu führen und bei belagter Stimme oder rauhem Hals davon zu nehmen. Es gibt kein besseres Mittel, um die Stimme sofort klar und frisch zu machen. Dies ist der Substanz ächtlicher Zeugnisse über die in ihrer Wirkung unerreichten **Wohbert-Tabletten**, die in allen Apotheken 1 Mk. pro Schachtel kosten.

Knorr Suppen-Würfel

Wer nicht probiert, verliert.

3 Teller Suppe 10 Pfg.

Durch Urteil

vieler Behörden, sowie tausenden von Landwirten ist längst festgestellt, dass die weitbekanntesten Webereichen transportabeln **Kausbacköfen und Fleischröucher** die besten in Konstruktion und Ausführung sind. Aufklärende Broschüre resp. Preisliste kostenlos. **Anton Weber, Rosdorf a. d. Leine.**



Fleisch einetroffen:
Ia. Rottalb-, Dampfieser-, Reh-, Huden, Heulen, Blätter und Kochfleisch.

Ein Posten zurückgesetzte **Emaille-Waren** kommt äußerst billig zum Verkauf **H. Becher Jnh. Alfred Becher, Emaille-Spezialgeschäft, An der Gasse. Nahe am Markt. Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.**

Von Freitag den 9. d. M. ab stehen wieder in selten großer Auswahl beste hochtragende u. frischmelkende **Rühe und Kalben** (Ostfriesen und Kreuzungsrassen) dabei Zugvieh bei uns zum Verkauf.

Gustav Daniel & Co., Weissenfels a. S. Telephone 57.

gr. milde Kaninchen, a Stück Mk. 1,10
.. feiste Fasanhähne .. a Mk. 2,25-3,00
.. feiste Fasanhenken .. a Mk. 1,75-2,25
.. Schneehühner .. a Mk. 1,35
deutsche Boularden a Mk. 2,50-2,75
Puter und Puthennen, franz. Boularden, Perlhühner, Capaunen, Kochhühner.

Jede Dame ihre eigene Schneiderin durch den Gebrauch der vorzüglichsten **Imco-Schnittmuster.** Meiniger, billiger Verkauf bei der Firma **G. Hoffmann Posamenten,** Jeden Monat Cinnana neuer Pariser Modellerbilder

Im Ausverkauf außerordentlich billig:

Strumpfwaren, Unterzeuge, Kinderwäsche, Handschuh, Gardinen.

Wäschehaus Adolf Schäfer, Entenplan Nr. 7.

böhmische Spiegelfarfen, Schleie, Hale, Saffander, Angeschellfisch empfiehlt **Emil Wolff, Roßmarkt.**

Ritter Flügel Pianos bewährte Weltmarke 1911 Turin **Grand Prix**

Filiale Merseburg: Ober-Burgstr. Votr. End. Meekert.

Meine Frau war über 50 Jahre mit einer hässlichen **Flechte** behaftet. Kein geheimes Flechten hatte sie auf dem Leibe. Durch **Juder's Patent-Medizinal-Seife** wurden die Flechten in 3 Wochen beseitigt. Diese Seife ist fünfmal wert. G. 33. a St. 50 Pf. (50 St.) u. 1,50 Mk. (30 St. in härteste Form). Dazu **Judooh-Creme** (nicht fettend u. mild) 75 Pf. u. 2 Mk. Bei **W. H. Hieslich u. Rich. Ruppert, Drog.**

Ich erkläre jeder Frau, die ich eine sehr leichte Entbindung erreichte. Näheres mit 2473 begl. Dantlag gratis. Frau **o. Johannes, Bremen, Busfstr. 113.**

Bankhaus Friedrich Schultze, Merseburg.

Gegründet 1862.

An- und Verkauf von Wertpapieren, Aufbewahrung, Verwaltung und Beleihung. Diskontierung guter Wechsel. Konto-Korrent- und **Scheck-Verkehr.** Annahme von Spareinlagen, **Verzinsung** vom Tage der Einzahlung bis zum Tage der Abhebung bei **kulantesten Bedingungen.** Vermietung von **Schrankfächern** in feuer- und diebessicherer Tresoranlage. **Kostenfreie Einlösung aller Kupons und Dividendenscheine.**

Siehezu 1 Beilage.

Die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei des Reichstages trat am Mittwoch sofort nach der Plenarsitzung zu ihrer ersten Sitzung zusammen und wählte die Abg. Fischbeck, Dr. Müller-Meininger und v. Payer zu Vorsitzenden, die Abg. Dove, Kämpf und Götthel zu Vizepräsidenten derselben. Für den Senatorenkonvent sollen die drei genannten Vorsitzenden und als ihre Stellvertreter die Abg. Dr. Bachmayer, Kopsch und Haumann gewählt werden. Für das Amt des Schriftführers im Plenum wird der Abg. Dr. Gleditsch in Vorschlag gebracht werden und für den Fall, daß der fortschrittlichen Volkspartei zwei Schriftführer zuwählen sollten, noch der Abg. Dr. Neumann-Hofer.

Zum letzten päpstlichen Motuproprio haben die Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht: Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Hause zunächst die ausführliche Mitteilung über die mit der Kurie über das neue Motuproprio, betreffend das Gerichtsverfahren gegen Schriftsteller, gepflogenen Verhandlungen zu machen, insbesondere den darauf bezüglichen amtlichen Schriftwechsel vorzulegen.

Das Zentrum hat der „Germania“ zufolge, im Abgeordnetenhaus die zwei Anträge eingebracht, durch die die Regierung erzwungen wird, möglichst bald, aber noch in dieser Session zwei Gesetzentwürfe vorzulegen, durch welche die geheime Abstimmung für die Stadt- und Gemeindeverordnetenwahlen eingeführt wird.

Provinz und Umgegend.

Halle, 7. Febr. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurden 425 000 Mk. zur Anschaffung zweier Dieselmotoren bewilligt. Dabei wurden prinzipielle Erörterungen gepflogen, ob für den Betrieb von Elektrizitätswerken Dampf-Turbinen oder Dieselmotoren das Vorteilhaftere sind. Anhänger der Dampf-Turbinen weisen darauf hin, daß Halle mitten im Kohlenrevier liege und darum zweckmäßig Dampf-turbinen betreiben könne. Dagegen wurde eingewendet, daß die Dieselmotoren, die mit Steinkohlenteeröl getrieben werden, im Betriebe und in der Bedienung sehr viel billiger seien. Für den Kilowatt ergebe sich eine Ersparnis von 1 Pfg.; das mache für das Halle'sche Elektrizitätswerk bei 8 Millionen Kilowattenerzeugung im Jahre 80 000 Mk. aus. Ferner bedürft eine Dieselmotoranlage nur 8 Mann zur Bedienung, während eine Dampfmaschinenanlage von gleicher Leistungsfähigkeit 30 Mann erfordere. Weiter komme die Abschaffung in Fortfall, die bei 50 000 Kubikmeter Kohlenverbrauch nicht weniger als 5000 Kubikmeter Asche betragen habe. Die Versammlung entschied sich fast einstimmig für Dieselmotoren, was ein Novum in dem Betriebe von Elektrizitätswerken bedeutet. Weiter genehmigte man eine Anzahl städtischer Haushaltungspläne; u. a. circa 460 000 Mk. Beitrag zu den Provinzialallianzen. Es wurde dabei mitgeteilt, daß die Provinzialsteuer dieses Jahr von 12 auf 15 Proz. erhöht werden sollen. Der Magistrat gab aber dabei der Hoffnung Ausdruck, daß der Provinziallandtag wohl mit einer 2-prozentigen Erhöhung, also von 12 auf 14 Proz., werde auskommen können. Snielgebesen wurden in den städtischen Etat auch nur 14 Proz., eben jene 460 000 Mk., eingeklagt.

Halle, 8. Febr. Am nächsten Freitag tagen hier die Vereine vom Bunde für Vogelschutz. Zu diesem Zwecke ist in Halle das Passage-Kino gepachtet worden. U. a. werden Films aus der heimischen und überseeischen Vogelwelt vorgeführt.

Halle, 7. Febr. Heute vormittag 7 1/2 Uhr wurde dem Bahnhofsarchitekten Otto Durm in Zeit beim Einsammeln von Papierabfällen, die zwischen den Gleisen lagen, das linke Bein oberhalb des Kniees vollständig abgefahren. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht.

Konnewitz, 7. Febr. Gute früh gegen 2 Uhr brannte auf Bahnhof Seltingstraße die Schmidt'sche Dampf-Holzschneiderei nieder.

Geatzberga, 6. Febr. Der am Sonntag im Hotel zur Hofe abgehaltene Appell ehemaliger Kameraden des Thüringer Husaren-Regiments Nr. 12 war von Kameraden und Gästen gut besucht. Bürgermeister Deleuant Gsch begrüßte die Versammlung im Namen der Stadt. Ein dreifaches Hoch auf den Kaiser und der gemeinsame Gelag: „Gott dir im Siegestanz“ schloß diese herzliche Willkommnung. Nach einigen Konversations-ergriffen Vorsitzender Bernick aus Niederhölzhausen als Beauftragter der Versammlung das Wort, dankte den Kameraden und Gästen für ihr zahlreiches Erscheinen, namentlich aber einigen Veteranen, die als Gäste erschienen waren. Hauptächlich gedachte er der Veteranen von 12. Husaren-Regiment, von denen auch drei alte Herren, Kamerad Knobloch (Kopp), Feld (Höbmit) und Tische (Geatzberga) trotz ihrer 80 Jahren zur Versammlung gekommen waren. Nach einiger Unterhaltung, die namentlich der Erneuerung alter Kameradschaft und dem Austausch von Erinnerungen aus der Dienstzeit galt, schloß Herr Bernick mit einem kräftigen dreifachen Hurra auf das Offizierskorps und Mannschaften des Stammregiments die Versammlung. Hierauf begann das Konzert. Leider hatte das Trompetekorps des Regiments wegen Verschönerung abzubrechen müssen, deshalb wurde die Musik von

den vierten Jägern aus Naumburg gestellt. Mit einer gemeinschaftlichen Zeit, auf die Theater und Ball folgten, endete das schöne Fest.

Lauchhammer, 7. Febr. Bei Naumburg brannt seit Jahresfrist das Moor, ohne daß es gelungen ist, die weiten Flächen abzulassen. Das Feuer ist durchgehend eine Unvorsichtigkeit zu Beginn des vorigen Jahres entstanden und glimmt trotz der Pflanzung von Gräsern und der im Spätherbst stattgehabten Regenfälle in großer Tiefe weiter. Ein ganz eigenartiger Anblick ist es jetzt, wenn man am Abend über die weiten Schneefelder geht und zwischen Naumburg und dem Bahnhof, besonders nahe der Grube „Gnanuel“, plötzlich helle Flammen aus dem Schnee herausbrechen und den weißlichen Rauch schwer und niedrig dahinzuziehen. Langsam schmilzt der Schnee über den Feuerstellen; Granarbe, Torf und Schieferohle verbrennen. Und trotz aller Mühe noch immer kein Anhalten des Feuers. Die Flammen scheinen eine phosphoreszierende Fläche zu bilden.

Arnstadt, 7. Febr. Der Herrin-Witwe von Schwarzburg-Sondershausen listete für das von dem Marien-Stift geplante Handwerkerhaus weitere 5000 Mk., nachdem sie zu gleichem Zweck bereits früher 21 000 Mk. geopndet hat.

Gernroda, 7. Febr. Die Stadtverordneten beschloßen in ihrer getrigen Sitzung den Bau eines neuen Rathauses, da die Räume des alten Hauses für den sich steigenden Verkehr nicht mehr ausreichend und auch in gesundheitlicher Beziehung unzulänglich sind.

Pirna a. S., 6. Febr. Einem neuen Gauertrid sind in Pirna vertriebene Königsberger zum Opfer gefallen. Ein Mann vom Aussehen einer Amisperson suchte sie auf, nahm den Kartellstahl in Augenschein und verlangte alsdann eine Feuer, denn es sei jetzt die „Königsberger Feuer“ eingeführt worden. Und er fand genug Mächtige! Die armen Königsberger haben jetzt zum Schaden noch den Spott. Der Gauer aber, das eigentliche „Kartell“, das an allem Schuld ist, entkam pullos.

Merseburg und Umgegend.

8. Februar.

Personalnachricht) Der Lehrer und Kapl. Musikdirektor Rößdorf an der Oberrealschule in Rudolstadt ist zum Inspektor des Gesangsunterrichts an den höheren Lehranstalten der Provinz Sachsen ernannt worden. Musikdirektor Rößdorf erhielt in den unteren Klassen seiner Schule zur Hauptfache Unterricht im Schreiben, Rechnen, in Naturgeschichte und Religion, nebenbei auch etwas im Gesang. Seine musikalische Ausbildung erhielt er auf dem Gymnasium zu Weismes. Er hat mehrere die Akademie in Berlin nach Leipzig, eine höhere Schule für Musik besucht. Seine Verweisung aus der Praxis bewilligt ihm dabei doppelt zu begründen.

Der Präsident und der Oberstaatsanwalt des Oberlandesgerichts in Naumburg werden in den Monaten Februar, März und April dieses Jahres für die ihnen unterstellten richterlichen Beamten durch erfahrene Sachleute eine Reihe von Vorträgen halten lassen, die zum Teil von Lichtbildern begleitet, die erwählten juristischen Hörer mit den neuzzeitlichen technischen, juristischen und industriellen Einrichtungen vertraut machen sollen.

Ausführung der Jagd durch Lehrer. In Abänderung einer Verfügung vom 11. November 1899 hat die kgl. Regierung zu Merseburg neuerdings verfügt, daß Lehrer ihres Amtes befreit, die Jagd auszuüben dürfen, die Genehmigung hierzu nachsuchen haben, bevor sie an ständiger Stelle die Ausfertigung eines Jagdscheines beantragen. Die einmal erteilte Erlaubnis gilt für die Dauer und wird nur dann zurückgezogen, wenn dem Lehrer im dienstlichen Interesse die Ausübung der Jagd untersagt werden muß. Die kgl. Landräte und die Polizeiverwaltungen in den freisprengten Städten sind angewiesen, von jedem Falle der Erteilung eines Jagdscheines an Lehrer dem ständigen kgl. Kreisinspektors Mitteilung zu machen.

Personalnachricht) Die während des ersten Banabahnstages (Frühjahr) der Erweiterungsbauarbeiten in den Ort-Kern-Planungen des Ober-Postdirektionsbezirk Halle (Saale) hergeleitet werden sollen, sind bis zum 1. März bei den kaiserlichen Postämtern des Bezirkes für Halle Ort jedoch bei dem kaiserlichen Telegrafennetz) anzumelden. Die Anmeldepapiere können von diesen Ämtern kostenfrei bezogen werden. Die Erteilung solcher Anmeldungen, die erst nach dem 1. März eingegeben, ist während des ersten Banabahnstages nur gegen Erstattung der durch die verpöbete Anmeldung etwas erscheidenden Mehrkosten ausnehmbar. Der zweite Banabahnstadium beginnt am 1. August.

Wölffle'sches Zirkusfest 1913 in Leipzig. Zu der Kampfrichterturnfest für das deutsche Turnfest in Leipzig im Jahre 1913 hat der sächsische Kreisturnrat beschlossen, diese in entsprechender Weise wie vor dem Kronfurter Fest durch die Gaunturnverammlung in Leipzig zu feiern. Die Turnarbeiten in Sachsen vornehmen zu lassen und beim Kreisturnrat die Genehmigung dieses Turnfestes zu beantragen. Es soll der Antrag eingebracht werden, auch bei künftigen deutschen Turnfesten in gleicher Weise die Wahlhandlung zu vollziehen.

Andere Abänderung der Tagesstunden. Man hat sich neuerdings mit der Frage beschäftigt, ob es nicht zweckmäßig sei, die Stunden des Tages fortlaufend von 1-24 zu ändern. Die sächsischen Behörden haben der Anregung ablehnend gegenüber, ebenso die Dresdener Landtagskammer. Sie sind der Ansicht, daß sich die Umwandlung der zwölfstündigen in die vierundzwanzigstündige Zeitrechnung nur dann verteidigen lasse, wenn sie allgemein, nicht nur bei der Eisenbahn, sondern bei der Post usw. und wenn sie ferner in der Theorie begründet werde. Andernfalls würden nur bedeutliche Schwierigkeiten herbeigeführt werden.

Der Bürger-Verein „Süd und West“ hielt am Mittwoch abend in der „Goldenen Kugel“ eine Mitglieder-Versammlung ab, die gut besucht war. Nach Eröffnung der Verhandlungen durch den Vorsitzenden Herrn Graf wurde die Niederschrift der letzten Versammlung verlesen und genehmigt. Unter „Geschäftlichen“ teilte der Vorsitzende mit, daß der Verein eine Zunahme von 8 Mitgliedern zu verzeichnen habe. Zwei Sitzungen sind abgehalten worden; in einer derselben wurde u. a. über eine Eingabe an den Magistrat verhandelt, die Beleuchtung der Weisenfeller Straße betreffend. Der dritte Punkt der Tagesordnung, Aussprache über die Platzfrage des Schlachthofes“ zeitigte zum Teil sehr erregte Debatten. Der Schlachthof soll nach den Vorschlägen der gewählten Schlachthof-Kommission auf dem an den Güterbahnhof grenzenden Teil des Kinderplatzes zwischen der Naumburger- und Naumburgerstraße errichtet werden, da dieser Platz als das billigste Projekt vor allen anderen in Frage kommt. Eine Anzahl Herren sprachen sich sehr entschieden gegen diesen Vorschlag aus, verschiedene Gründe dafür anführend, u. a.: ungenügender Geruch für die Anwohner; bei herrschenden Winden und Stürmen wird Rauch, Mist und Strohstaub von dem Güterbahnhof in die Schlachthof-Anlage getrieben, was für die dort lagernden Fleischmassen doch sicherlich nicht von Vorteil ist; an einem Kinderplatz gehört überhaupt kein Schlachthof, man solle den Platz lieber mit Bäumen bepflanzen oder den diesen Sportreinen zur Verfügung stellen; die Gleisanlage sei gar nicht eine so brennende Frage, als wie sie hingestellt wurde, (während von der anderen Seite die Gleisanlage entschieden bestritten wurde); der Platz sei ferner für einen Schlachthof überhaupt viel zu klein; die Kostenfrage dürfe keine Rolle spielen; wenn einmal die Anlage errichtet werden soll, dann müsse sie auch genügend groß gebaut werden, u. u. a. Der Platz an der Weisenfeller Straße hinter der neuen Gasanstalt sei in jeden Fall geeigneter. Von der anderen Seite wurde hierauf erwidert, daß ein Schlachthof nicht in die Nähe der Gasanstalt gehöre, da die Ausdünstungen und Gerüche einen schädlichen Einfluß auf das Fleisch ausüben (von gegenüberer Seite wurde dieser Einwand aber nicht als stichhaltig anerkannt). Nach langem Zögern und Wider, wobei auch öfters auf die Schlachthof-Anlagen anderer Städte Bezug genommen wurde, gelangte ein Antrag, eine Resolution an den Magistrat zu richten, zur Annahme. Diese hat folgenden Wortlaut: „Die Mehrheit der heute zur Einladung des Bürger-Vereins „Süd und West“ im Restaurant zur „Goldenen Kugel“ Versammelten bejahen den Vorschlag der Schlachthof-Kommission, den Schlachthof zwischen der Naumburger- und Naumburgerstraße zu erbauen. Sie bitten die städtischen Behörden, daß der Schlachthof nicht an dieser, sondern an einer anderen Stelle errichtet werde, die mehr außerhalb der Stadt gelegen ist.“ Außerdem soll noch eine Niederschrift beigegeben werden. Die Tagesordnung war damit erledigt und der Vorsitzende schloß hierauf mit Dankesworten an die Erschienenen die Versammlung.

Der Mieterverein hatte seine Mitglieder zur alljährlichen Hauptversammlung am Mittwoch abend nach dem Tivoli eingeladen; leider war der Besuch nur mäßig. Der Vorsitzende, Herr Reg.-Hauptplatzanwaltsreferent Froebe, eröffnete die Verhandlungen, worauf Herr Feuer-Soz. Sekretär Kopitz das Protokoll der letzten Versammlung verlas. Nach der Befragung einiger Beschlüsse des Vorstandes erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Danach beträgt die Mitgliederzahl 92. Der Verein hat auch im verflossenen Jahre einen sehr lebhaften Tätigkeit entwickelt, zum Wohle und Nutzen der Mieter und des Gemeinwohls der Stadt. Die Jahresrechnung ist geprüft und für richtig befunden worden. Die ausstehenden Vorstandsmitglieder wurden wieder, anstelle eines ausgetretenen Mitgliedes Herr Landes-Soz.-Offizier Müller, neugewählt. Über Hypotheken-Darlehen zum Bau von Kleinwohnungen in Merseburg berichtete der Vorsitzende. Er teilte kurz mit, daß zu dem vom Magistrat festgelegten Bedingungen sich kein Bauunternehmer bereit finden ließ, von dem der Vorstoß Gebrauch zu machen. Vor allen Dingen ist die Anglegenheit an der Bedingung gescheitert, wonach jeder dieser Hausbesitzer verpflichtet ist, allen Mietern Wohnungen abzuvermieten. Der Vorstand erachtete es nun für notwendig, den Magistrat zu bitten, weniger scharfe Bedingungen zu stellen, um so zur Förderung des Kleinwohnungswezens beizutragen. Weiter gab anschließend einen kurzen Bericht über den deutschen Wohnungsnotstand und die Verhandlungen, wobei er die wichtigsten Verhandlungsgegenstände besonders erwähnte und erläuterte; so u. a. die Antwort auf eine behördliche Anfrage an 395 Städte, betr. der Folgen der Wertzuwachssteuer auf die Bauzinsfrage. Nur 6 Städte antworteten, daß diese etwas zurückgegangen sei, alle übrigen haben eine durch die neue Steuer bedingte Einschränkung der Bauzinsfrage nicht feststellen können. Weiter teilte der Vorsitzende noch einige Beispiele über das rigorose Vorgehen der Hausbesitzer, namentlich in den Großstädten, mit. Die weitern Verhandlungen freizien ein Angebot der Görlicher Krankenversicherungs-kasse für Mieter und die Stellungnahme zur bittigen Schlachthoffrage dahingehend, daß der in Aussicht

Correspondent.

Abzugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
24 Hefung von einem Jahrgange, bei Bestellung mit Spate durch unsere Vertreter in
Deutschland und auf dem Festlande außerhalb Deutschlands, durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf.
— Das Blatt erscheint wöchentlich 5 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
— Auslandsendung außerhalb Deutschlands ist nur mit beifolgender Einzahlungsmöglichkeit.
— Die Rückgabe unangelegter Einzahlungen überträgt sich keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitig. illust. Unterhaltungsblatt
n. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile über keine Grenze für die Werbung und die
Anzeige 10 Pf., zweite Zeile 8 Pf., dritte Zeile 6 Pf., vierte Zeile 5 Pf., fünfte Zeile 4 Pf.,
20 Pf., im Restamt 40 Pf. Bei langwieriger Ges. entwerdender Werbung
besonderer Preis, nach Vereinbarung mit dem Verleger. Geschäftsstellen: Berlin,
Königsplatz 10, für alle Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, Restamt
Anzeigen des Restamtes 8 Pf., Familienanzeigen 10 Pf. wöchentlich.

Nr. 33.

Freitag den 9. Februar 1912.

33. Jahrg.

Thronrede und Reichstagsöffnung.

Der neugewählte Reichstag ist am Mittwoch zusammengetreten — ein völlig anderer wie sein Vorgänger. Die Mehrheitsverhältnisse haben sich gründlich verändert, und wenn man heute von der Tribüne des Sitzungssaales auf diesen hinabsieht, so konnte man durch eine inwärtigen vorgenommenen anderweitigen Anordnung der Sitzplätze die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse im Reichstage sinnfällig erkennen. Die Rechte und die Linke — sie sind fast völlig gleich stark, die Demarkationslinie zwischen ihnen zieht sich streng durch die Mitte des Saales hindurch. Das Wachstum der Linken hat die Nationalliberalen auf die ehemaligen Plätze des Zentrums geschoben, und dieses ist merkwürdig nach rechts abgerückt — ein Vorgang, der ja nicht nur räumlich, sondern auch politisch sich vollziehen hat. Die maranteste Erscheinung aber ist die Stärkung der Sozialdemokratie, die jetzt mit einer Fülle neuer Männer zwei volle Blöcke der Sitzreihen auf der Linken einnimmt.

Es war nur zu natürlich, daß der völlig geänderten Konstellation auch in der Thronrede irgendwie geachtet wurde. Es geschieht dies aber, wie man augenscheinlich, ohne Drohnreden und mehr zwischen den Zeilen. Es wird nicht der Kampf gegen die Sozialdemokratie angehängt, vielmehr gibt die Thronrede in verhältnismäßig warmen Worten der Hoffnung auf die Dienste des Reichstages und auf die gesunde Kraft des Reiches Ausdruck. Inwiefern wird die zündende Rede der vollen Beifall der Konserwativen finden, die jedenfalls von vornherein ein schärferes Aufsehen in gegen die Sozialdemokratie gewünscht hätten. Die Thronrede trägt ganz den Charakter der Weismannschen Politik, die darin besteht, das für notwendig erkannte anzufordern, ohne auf die vorhandenen Parteiverhältnisse allzuviel Rücksicht zu nehmen.

Was aber den Inhalt der Thronrede angeht, so zeigt er, daß die Reichsregierung aus den hinter uns liegenden Wahlen doch recht wenig gelernt hat. Wie zum Trotz gegen die Auffassung der Wählermassen legt Herr v. Bethmann Hollweg ein Bekenntnis zur Finanzreform von 1909 ab. Allerdings nicht in der Form, daß er die damals geschaffenen Steuern rückm., sondern nur so, daß er von dem festen Satz spricht, den die Finanzen des Reiches gewonnen hätten, und von dem bestimmt bemessenen Mehrertrag, den die Finanzen des Reiches im nächsten Jahre zu erwarten seien.

Die Thronrede enthält keine einzelne gehende Aufzählung der Aufgaben des neuen Reichstages, sie läßt aber die Grundlinien klar erkennen, die die Reichsregierung in den Fragen der inneren und äußeren Politik zu verfolgen gedenkt. In zuversichtlicher Sprache wendet sich die Thronrede an die vaterländischen Gesinnungen des Reichstages und der gesamten Bevölkerung. Möge das feste Vertrauen in die Zukunft unseres Volkes, von der die kaiserliche Umgebung getragen ist, durch die Arbeit des Reichstages gestärkt werden. Zu den wenigen Aufgaben der nächsten Session, die in der Thronrede ausdrücklich genannt sind, gehören die neuen Wehrforderungen. Auf Einzelheiten ist auch hier die Thronrede nicht eingegangen. Der Grund ist darin zu sehen, daß die Wehrforderungen militärischer und finanzieller Natur den Bundesrat noch nicht beschäftigt haben.

Herr v. Bethmann Hollweg scheint also der merkwürdigen Auffassung zu sein, daß der freie Unternehmungsgeist in Handel und Industrie und die Anhebung besserer Technik in der Landwirtschaft eine Folge der hohen Schutzpolitik sei. In Wirklichkeit wirken die Zollmauern nach dieser Richtung hin hemmend, und nur der gesunde Instinkt des deutschen Volkes ist es zu danken, wenn Ingenium und Unternehmungsgeist sich trotz aller staatlichen und wirtschaftlichen Schranken mit aller Macht durchsetzen und dadurch die Erstwerrnisse seitens der Zollpolitik wenigstens einigermaßen wieder wett machen.

Dieser gesunde Instinkt des deutschen Volkes möchte eine die Zeichen der Zeit verkündende Regierung auch insofern Rechnung tragen, als sie dem deutschen Volk eine Erweiterung seiner politischen Rechte zusichert. Davon ist aber in der Thronrede mit keinem Wort die Rede. Keine Änderung der Wahlkreis-einteilung, keine Ministerverantwortlichkeit, kein Wunsch nach einer Reform des Interpellationsrechts! Die Regierung stellt sich so, als ob die neuen Opfer an die Wehrkraft und die Finanzen des Volkes verlangt werden könnten, ohne daß dem Volke das Vertrauen ausgesprochen wird durch eine Erweiterung der Rechte der Volksvertretung. Der neue Reichstag dürfte aber kaum gewillt sein, lediglich als Zustimmungsmaschine zu dienen für Millionenforderungen; er wird, und mit vollem Recht, die Ansprüche des Volkes geltend machen. Die Thronrede versichert, daß der Kaiser „über die Kampfe des Tages hinweg mit Zuversicht in die Zukunft des Reiches blickt. Auch wir hegen diese volle Zuversicht.“ Der Reichstag kann arbeiten, und er wird es tun — kritisch wird die Situation nur dann, wenn ihm eine Regierung gegenübersteht, die die Forderungen des Tages nicht begreift!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hängt der Thronrede noch folgende kurze Betrachtung an: „Die Thronrede enthält keine ins einzelne gehende Aufzählung der Aufgaben des neuen Reichstages, sie läßt aber die Grundlinien klar erkennen, die die Reichsregierung in den Fragen der inneren und äußeren Politik zu verfolgen gedenkt. In zuversichtlicher Sprache wendet sich die Thronrede an die vaterländischen Gesinnungen des Reichstages und der gesamten Bevölkerung. Möge das feste Vertrauen in die Zukunft unseres Volkes, von der die kaiserliche Umgebung getragen ist, durch die Arbeit des Reichstages gestärkt werden. Zu den wenigen Aufgaben der nächsten Session, die in der Thronrede ausdrücklich genannt sind, gehören die neuen Wehrforderungen. Auf Einzelheiten ist auch hier die Thronrede nicht eingegangen. Der Grund ist darin zu sehen, daß die Wehrforderungen militärischer und finanzieller Natur den Bundesrat noch nicht beschäftigt haben.“

Die Reaktion in Räten.

Es ist eine schreckliche Zeit für die Herren von schwarzblauen Meck. Die Reichstagswahlen haben ihnen eine eklantante Niederlage gebracht, die noch augenscheinlicher sein würde, wenn wir nur eine einigermaßen gerechte Wahlkreis-einteilung besäßen. Und die bayerischen Landtagswahlen haben auch neue den Beweis erbracht, daß eine unaufhaltsame Einkreisung im deutschen Volke vorhanden ist, selbst da, wo der Merkismus seinen weitumspannenden Einfluß mit lauterem und — weniger lauten Mittel ausübt.

In dieser schweren Zeit fällt der Blick der Reaktion ganz naturgemäß zuerst auf die Regierung. Wenn man selbst nicht mehr weiter kann, ist es immer das nächste liegende auszurufen: Regierung, stehe du uns bei, denn wir sind ja die Stützen von Thron und Altar! Du mußt jetzt keine Autorität geltend machen, damit die wahren Patrioten, nämlich wir, in Macht und Einfluß bleiben. Am liebsten hätten es die Konserwativen geliebt, wenn nach der Wahl des neuen Reichstages Herr v. Bethmann Hollweg mit kürzesterfristigen ausgetreten wäre und dem Parlament mit den 110 Sozialdemokraten von vornherein angelündigt hätte, daß er es zum

Trüffel jagen würde, wenn es nicht sofort in Ordnung pariert und die Heeresvorlagen sofortigen unbesehen schickt. Herr v. Bethmann Hollweg tat aber den Herren Konserwativen nicht den Gefallen, den neuen Reichstag ohne weiteres zu bristieren. Seine philosophische Natur, die der Entwurf in a der politischen Ereignisse stets mit einer merklich abnehmenden Gelassenheit gegenübersteht, wurde diesmal ausnahmsweise den Aspirationen der Reaktion nicht gerührt; Herr v. Bethmann Hollweg ließ vielmehr die Sache abblühen, das er ruhig verlaufen würde, auch mit dem jähigen Reichstage zu arbeiten. Daraus geht schon hervor, daß die Reichsregierung trotz der aufgeregten Worte des preussischen Ministers v. Dallwitz die rote Gefahr und die Wehrheit der Anken doch nicht so tief schmerzhaft empfindet, wie es die Herren von der schwarzblauen Koalition gern haben möchten. Es gibt sogar fundige Thaber, die der Meinung Ausdruck geben, daß der Herr Reichstagskanzler an sich ganz damit zufrieden ist, endlich einmal von dem lahrenden Bann des konserwativen Agrarismus einigermaßen befreit zu sein. Ein Philosoph der alles beweisen kann, wird schließlich doch auch den untrüglichen politischen Verstand dafür erbringen können, daß jetzt die Zeit gekommen ist, unsere Staatsmaschine einigermaßen in modernem Sinne zu lenken!

Nachdem die Konserwativen eingesehen hatten, daß sie für ihre Despotenpolitik und für ihre Bestrebungen, die Regierung für eine möglichst baldige Beilegung des neuen Reichstages scharf zu machen, bei den oberen Reichten keinen rechten Anklang fanden, drehten sie den Spieß um und machten nunmehr die Regierung verantwortlich für den nach ihrer Auffassung „schlechten“ Ausgang der Wahlen. Das vom Fürstlichen Willen der Sozialdemokratie gegenüber angewandte Wort „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein“ wird jetzt von den Konserwativen der Regierung gegenüber verwirklicht. Natürlich nicht im tatsächlichen Sinne für denn rein bildlich genommen! Aber die Konserwativen haben eine so „feine“ Art, Minister zu füttern, daß ein christliches Bekenntnis dessen, was sie beabsichtigen, demgegenüber wie eine Eßbügeln wirken würde. Alle die netten Winkel, die jetzt in der „Kreuzzeitung“ und in der „Deutschen Tageszeitung“ erscheinen und in denen der Regierung bald ihre Unzuverlässigkeit attestiert wird, bald aber treuherzig versichert wird, daß eine konserwative Partei niemals Minister füttern könne und werde, verfolgen den einen und alleinigen Zweck, die Position des jetzigen Reichstagskanzlers zu untergraben und das Ministerium eines wirklich starken Mannes vorzubereiten, der die Sozialdemokratie zu Baaren treiben, nicht minder aber den Merkismus vernichten würde.

Dazu würde allerdings das Einverständnis des Kaisers gehören, und es bereitet nicht den Konserwativen den größten Schmerz und ist wohl mit ein Hauptgrund für die Ausbrüche ihrer ohnmächtigen Wut, daß der Kaiser bisher der neuen Einteilung der Dinge gegenüber ebenfalls eine sehr ruhige Haltung eingenommen hat, die es den Scharfmachern garnicht möglich macht, ihn jetzt schon zum Vorspann für ihre Pläne zu benutzen. Vielleicht würde auch der Kaiser dem Versuch, ein liberales Regime einzurichten, garnicht so abhold sein, wie manche glauben. Und vielleicht findet die auffallende Schwankung der Konserwativen wenigstens bis zu einem gewissen Grade darin ihre Erklärung, daß man in den Räten derselben den Wunsch einflußreicher Kreise kennt, etwas freiere Luft durch Deutschland hindurch wehen zu lassen.

Die Konserwativen und mit ihnen das Zentrum sehen sich in die Situation verlegt, seit unendlichen Zeiten möglicherweise die politische Macht einbüßen zu können. Ihr Zorn ist begreiflich und ebenso ihr gewiß eifriges Bestreben, hinter den Kulissen die Dinge in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Präsidentenwahl im Reichstage wird ein sinnfälliges Anzeichen dafür sein, ob es den Reaktionsparteien gelungen ist, hinter den Kulissen noch eine Mehrheit für die Aufrechterhaltung ihrer Machtstellung zusammenzutrommeln. Der Merkismus hat die aus seinem eigenen Selbsterhaltungstrieb ergabene natürliche Aufgabe, den Einfluß der Reaktion drabman auszuhalten, daß auch alle künstlichen Machinationen und Intriguen ihn nicht wieder herzustellen mögen.

